

Cuba 1 – Salvador-Allende-Platz

Liebe Freundinnen und Freunde Cubas und einer gerechten Weltordnung,

wir sind hier an der Salvador-Allende-Straße zusammengekommen, um über die US-Blockade Cubas zu sprechen und gegen sie zu demonstrieren. Dieser Platz ist ein passender Ort. In Zusammenarbeit mit dem Militärdiktator Pinochet haben die USA 1973 in Chile gezeigt, wie sie mit einer demokratischen und sozialen Revolution umgehen, die nicht in ihrem Interesse ist. Chile wurde schnell zu einem der am stärksten sozial ungleichen Länder der Welt. Vorbereitet wurde der Militärputsch 1973 von langer Hand durch Sabotage der Ökonomie mit leitender Rolle der USA. Seit Jahrzehnten wehrt sich Cuba erfolgreich dagegen, das gleiche Schicksal zu erleiden. Allerdings werden die US-Maßnahmen trotzdem immer radikaler und brutaler.

Am vergangenen Mittwoch hat die UN-Generalversammlung eine Resolution gegen das US-Embargo gegen Cuba verabschiedet. Seit 1993 werden die USA jährlich von den Staaten der Welt symbolisch für die einseitigen Zwangsmaßnahmen verurteilt. Diese Woche mit 187 gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung. Seit ihrer Einführung 1960, insbesondere aber seit den frühen 1990er Jahren werden die US-Sanktionen ebenfalls kontinuierlich verschärft.

Die Folgen ließen sich erst in den letzten Wochen beobachten. Die Stromversorgung auf Cuba brach zusammen, weil das wichtigste Kraftwerk der Insel über Tage ausfiel. Das Kraftwerk wiederum fiel wegen des US-Embargos aus. Ersatzteile für die Kraftwerke konnten nicht gekauft werden, und die Treibstoffversorgung der Ölkraftwerke ist ebenfalls extrem erschwert.

Der Ausfall der Stromversorgung bedeutet nicht nur, dass ein paar Tage die Computer stillstehen und die Verwaltung nicht arbeiten kann. Das heißt, dass die medizinische Versorgung allenfalls im Notstrommodus unter extremen Einschränkungen funktioniert. Es bedeutet, dass in fast allen Privathaushalten und Supermärkten die Kühlschränke ausfallen, Kühlketten unterbrochen werden und

Lebensmittel verderben. Das passiert unter tropischen Klimaverhältnissen und in einem Land, in dem Lebensmittel ohnehin blockadebedingt zunehmend fehlen. Die Industrieproduktion und weite Teile der Wirtschaft funktionieren ohne Strom nicht mehr. Ganz zu schweigen von Bildungswesen, Wissenschaft und kulturellem Leben.

Das Beispiel zeigt die Wechselwirkungen von Maßnahmen auf – insbesondere, wie kurzsichtig es ist, wenn die USA oder in anderen Fällen die EU anführen, die Gesundheitsversorgung sei von Wirtschaftssanktionen explizit ausgenommen. Das US-Embargo zielt bei Cuba wie auch anderen Staaten insbesondere auf den Geldsektor und Banken ab. Daneben auch die Ölversorgung sowie alle Unternehmen, die Niederlassungen in den USA haben. Cuba werden Zahlungen mit dem US-Dollar verwehrt, aber auch die Zahlungen über Banken, die Zweigstellen in den USA haben. Welche international ausgerichtete Bank hat das aber nicht? Und welche Industrieprodukte, die in erster Linie medizinisch genutzt werden, können nicht auch in anderen Bereichen genutzt werden? Aufgrund der drohenden Bußgelder in Milliardenhöhe schrecken viele Unternehmen vor Verkäufen an die cubanische Regierung zurück. So haben beispielsweise 2020 die deutschen Unternehmen Merck und Sartorius, die Cuba zuvor mit medizinischen Materialien wie Reagenzgläsern, Labormaterialien und anderen Pharmaprodukten versorgten, die Zusammenarbeit eingestellt.

Covid-19 hat Cuba besonders schwer getroffen, weil der Devisen bringende Tourismus zum Erliegen kam. Dabei wurde Cuba doppelt getroffen. Von einer Komorbidität oder Begleiterkrankung namens Donald Trump hat sich das Land bis heute nicht erholt. Trump war es, der die wirtschaftlich schlimmsten und auch von der EU bekämpften Teile des Helms-Burton-Gesetzes in Kraft treten ließ. Und Trump war es auch, der Cuba in die Liste der Terrorismus fördernden Staaten aufnahm. Das war besonders schlimm, denn für die Zusammenarbeit mit solchen Regierungen drohen Unternehmen besonders hohe Strafzahlungen.

Die Aufnahme in diese Liste zeigt deutlich die ganze Perfidität der US-Politik gegenüber politisch Andersdenkenden und insbesondere Cuba auf. Cuba wurde von der US-Regierung und der damaligen rechten kolumbianischen Regierung unter Präsident Duque vorgeworfen, Mitglieder der kolumbianischen Guerilla ELN zu schützen. Die waren tatsächlich in Cuba, und blieben das auch, als die ELN in Kolumbien für einen großen Anschlag auf eine Polizeischule verantwortlich gemacht wurde. Allerdings waren sie auf nur Cuba, weil der vorherige kolumbianische Präsident Santos Friedensgespräche mit der ELN vereinbart hatte, bei denen u.a. Cuba Garantiestaat war. Auf Cuba fanden Verhandlungen statt, und Cuba hatte sich völkerrechtlich gegenüber den Verhandlungspartnern verpflichtet, die Delegationen zu schützen. Da die kolumbianische Regierung nach Abbruch der Verhandlungen die Vereinbarungen zur Rückkehr der ELN-Delegation nicht einhielt, musste Cuba die ELN-Delegation weiter beherbergen. Eine Auslieferung wäre völkerrechtswidrig gewesen. Dennoch nahm die US-Regierung unter Trump diese Situation zum Anlass, über Cuba die ökonomische „Höchststrafe“ zu verhängen. Und schlimmer noch: unter Präsident Biden hat sich das nicht geändert. Jahr für Jahr wird Cubas Mitgliedschaft in dieser Liste erneuert. Und das, obwohl die neue kolumbianische Regierung unter Präsident Petro seit zwei Jahren offiziell von den USA ein Ende dieser Listung verlangt und festgestellt hat, dass Cuba völkerrechtskonform gehandelt hat.

Wir fordern daher von den USA und Präsident Biden: streicht Cuba sofort von der Terrorliste! Wir lehnen Wirtschaftssanktionen jederart gegen Cuba ab, insbesondere das Embargo bzw die Blockade. Wir fordern: Schluss mit den Maßnahmen, die sich gegen ein ganzes Volk wenden. Schluss mit der Kollektivbestrafung dafür, nicht Vasallenstaat der USA sein zu wollen!

Cuba 2: Bismarck-Denkmal am Dom

Liebe Freundinnen und Freunde Cubas und einer gerechten Weltordnung,

wir stehen hier vor dem Bismarck-Denkmal in der Bremer Innenstadt. Dieser Treffpunkt für eine Demo gegen die US-Blockade gegen Cuba ist nur ein halber Zufall. Auf den ersten Blick hat Cuba zwar wenig mit Bismarck zu tun. Während Bismarcks Amtszeit als Reichskanzler war Cuba noch spanische Kolonie. Danach wurde es zunächst US-Kolonie, um dann formal unabhängig zu werden. De facto wurden die Regierungsgeschäfte in letzter Instanz aber bis 1959 aus Washington bestimmt.

Am Mittwoch besagte die Abstimmung der UN-Generalversammlung mit 187:2 Stimmen: Die UN-Generalversammlung will keinen US-Imperialismus. Aber vor der Statue Bismarcks, die hier noch immer ohne Gedenktafel steht und nicht einmal mit roter Farbe beschmiert ist, sagen wir deutlich: wir wollen auch keinen deutschen und keinen europäischen Imperialismus mehr. Vergessen wir nicht: Deutschland und insbesondere Bremen und Hamburg haben Reichtum auf Kolonialbeziehungen aufgebaut. Gerade Hamburg war zwischen 1750 und 1850 das Zentrum der europäischen Zuckerraffination. Der Zucker, der Hamburg reich gemacht hat, stammte größtenteils aus der Karibik. Und hier nahm Cuba neben dem heutigen Haiti und der Dominikanischen Republik eine Schlüsselrolle ein. So wie Hamburg verdiente allerdings auch Bremen und der gesamte norddeutsche Raum fleißig an der Sklavenarbeit auf den Antillen mit. Und Hamburg wie Bremen als Hauptstädte des deutschen Kolonialismus hatten erheblichen Anteil an der Institutionalisierung von Ungleichheit zwischen Nord und Süd.

Und damit sind wir auch wieder bei Bismarck und schon fast beim US-Embargo gegen Cuba. Denn Bismarck steht sinnbildlich für den deutschen Kolonialismus, den er übrigens aufgrund innenpolitischer Gründe letztlich in Gang setzte. Die cubanische Revolution steht sinnbildlich für die Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus. Sie beschreibt letztlich: Die Unabhängigkeit im Globalen

Süden braucht stets zwei Schritte: einen der formalen Unabhängigkeit, und einen der sozialen Revolution, um wirkliche Unabhängigkeit zu erreichen.

Cuba zeigt aber auch: der kollektive Wille, eine neue soziale Ordnung aufzubauen, die koloniale Ungleichheit überwindet, stößt auf Widerstand. Das US-Embargo gegen Cuba drückt seit 1960 genau das aus: eine politische und soziale Neuordnung, die eine Überwindung der auf Sklaverei basierenden Ungleichheit abzielt, stößt auf den Widerstand der USA. Eine Neuordnung, die es ablehnt, weiterhin Bordell, Spielhölle und Geldwäschezentrale der US-amerikanischen Mafia unter Führung Meyer-Lanskis zu sein und die Mafia aus Havanna schmeißt, wird mit einem Handelsembargo belegt. Das Embargo wendet sich in Quintessenz gegen Maßnahmen, die das Erbe der Sklaverei überwinden und der Mafia den Boden entziehen sollten. Wer es wie Cuba wagt, als bildungs- und gesundheitspolitischer Leuchtturm für den Globalen Süden zu dienen, wird ökonomisch isoliert und zugrunde gerichtet.

Um nichts anderes geht es im Kern bei dem Embargo. Unter dem Vorwand, Menschenrechte zu verteidigen und eine Wiedereinführung der Demokratie zu betreiben, werden die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte der Cubaner:innen nach den perfidesten Regeln des Kapitalismus bekämpft. Ja, richtig, es geht den USA insbesondere darum, dass es den Menschen in Cuba schlecht geht, denn dann taugen sie nicht als Beispiel für andere lateinamerikanische Länder und Staaten des Globalen Südens.

Cuba ist de facto das einzige Land in Lateinamerika, in dem es ein staatliches Gewaltmonopol gibt, effektiven Bildungszugang und Gesundheitsversorgung für alle. Es ist das einzige Land der Region, in dem man sich frei bewegen kann, ohne Angst vor einem Überfall zu haben oder in Schießereien zwischen verfeindeten Gangs und Mafias zu kommen. Das westliche Argument, das auf eine Diktatur zurückzuführen, ist billig: fast alle anderen Staaten der Region waren im 20. Jahrhundert über längere Zeiträume Diktaturen oder autoritär regiert, stets mit US-Unterstützung, aber nirgendwo hat das zur Staatenbildung beigetragen.

Vergessen wir nicht: Cuba ist ein Land der Dritten Welt. Es ist eines der Länder mit der längsten Kolonialgeschichte der Welt. Ein Land mit knapp 10 Millionen Einwohner:innen. Cuba ist nicht das einzige Land, das unter westlichen Sanktionen leidet. Rund 30 Länder sind weltweit von US-Amerikanischen und europäischen Sanktionen belegt. Nimmt man Staaten der ehemaligen Sowjetunion aus, sind fast ausschließlich Länder des Globalen Südens betroffen. Das ist keineswegs neu. Neu ist allerdings, dass die Staaten des Globalen Südens mit BRICS erstmals eine gemeinsame Stimme bekommen haben, die auch global systemübergreifend genug wirtschaftliche Macht entfaltet, um sich gegen den immer noch imperialistischen Westen zu richten.

Das kleine, widerständige Cuba steht in diesen Kämpfen um globale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle Menschen im Globalen Süden als Sinnbild. Wie das kleine gallische Dorf von Asterix und Obelix. Bei aller Armut und ökonomischer Unterlegenheit: Cubas Zaubertrank ist die kollektive Menschenwürde, der widerständige Geist von Menschen, die ohne koloniale und imperiale Unterdrückung bei gleicher Gewährleistung gerade der sozialen Menschenrechte leben wollen. Lasst uns dieses kleine Cuba mit unserer lauten Stimme unterstützen!

Wir fordern: beendet das Embargo, beendet die Blockade. Wir erklären uns mit Cuba solidarisch und mit dem gesamten Globalen Süden, der für globale Gerechtigkeit kämpft. Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf: leistet Euch mehr als nur schöne Worte, tut etwas gegen die neokoloniale, imperialistische Unterdrückung der USA. Stellt Euch glaubwürdig auf die Seite des Völkerrechts und der Menschenrechte und bereitet mit Mitteln des Rechts der völkerrechtswidrigen US-Politik ein Ende. Bildet Bündnisse mit den Staaten des Globalen Südens und helft den Staaten ernsthaft, die Europa und Japan durch ihre verwerfliche imperialistische Politik erst schwach gemacht haben. Hoch die internationale Solidarität!

